

Betreff: UNAIDS-Transformation: Deutschlands Einsatz für eine starke, unabhängige und menschenrechtsbasierte HIV-Arbeit der Vereinten Nationen

Berlin, 13.10.2026

Sehr geehrter Herr Staatssekretär,
sehr geehrte Mitglieder des Gesundheitsausschusses,

die anstehende Transformation von UNAIDS ist entscheidend für die Zukunft der globalen HIV-Arbeit. Die Beratungen des UNAIDS Programme Coordinating Board (PCB) am 26. Oktober 2026 müssen sicherstellen, dass die Vereinten Nationen auch künftig über die notwendigen Strukturen und Ressourcen verfügen, um Aids bis 2030 als Bedrohung der öffentlichen Gesundheit zu beenden.

UNAIDS nimmt eine einzigartige Rolle im UN-System ein: Die Organisation koordiniert die HIV-Arbeit verschiedener UN-Institutionen, liefert entscheidende epidemiologische Daten und verbindet fachliche Expertise mit einem konsequenten Menschenrechtsansatz und der institutionellen Beteiligung von Menschen mit HIV und besonders betroffenen Communitys. Ihre Präsenz auf Länderebene ermöglicht zudem die Vermittlung zwischen Regierungen und Communitys, insbesondere wenn Menschenrechte und der Zugang zu Gesundheitsdiensten unter Druck geraten.

Das Beispiel Uganda zeigt diese Bedeutung: Als die Regierung 2023 ein Gesetz verabschiedete, das homosexuelle Menschen massiv kriminalisierte und in bestimmten Fällen lebenslange Haft und die Todesstrafe vorsah, vermittelte UNAIDS als einzige UN-Organisation, um vor den Folgen für betroffene Communitys und die HIV-Arbeit zu warnen. Die Transformation darf diese unabhängige menschenrechtliche Stimme nicht schwächen, sondern muss sicherstellen, dass sie auch künftig wirksam Gehör findet.

Wir begrüßen, dass der Abschlussbericht der Arbeitsgruppe die Bedeutung von UNAIDS anerkennt, sich von einem kurzfristigen „Sunsetting“ abwendet und die Rolle der Communitys sowie die Beibehaltung des ECOSOC-Status hervorhebt.

Die grundlegenden Entscheidungen über Mandat, Governance, Finanzierung und künftige Strukturen müssen im zuständigen Leitungsgremium, dem UNAIDS PCB, getroffen werden. Sie müssen transparent erfolgen, die Zivilgesellschaft substanziell einbeziehen und auf einer fundierten Folgenabschätzung beruhen. Insbesondere in Bezug auf die künftige Länderpräsenz von UNAIDS und die Integration unterschiedlicher Aufgabenbereiche in andere UN-Institutionen bestehen erhebliche Risiken.

Die Präsenz von UNAIDS vor Ort ist entscheidend, um Entwicklungen der HIV-Epidemie zu beobachten, Regierungen fachlich zu beraten, die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren zu koordinieren und die Anliegen betroffener Communitys in politische Entscheidungsprozesse einzubringen. Sie ermöglicht es UNAIDS auch, die Folgen von Menschenrechtsverletzungen und diskriminierenden Gesetzen für Prävention, Behandlung und Versorgung sichtbar zu machen. Diese Funktionen können nicht automatisch von anderen UN-Institutionen übernommen werden.

Über den Erhalt und die Ausgestaltung der Länderpräsenz muss deshalb auf Grundlage der epidemiologischen Situation in einzelnen Ländern, der Menschenrechtssituation und des konkreten Bedarfs der Communitys vor Ort entschieden werden - nicht anhand pauschaler Vorgaben zur Integration oder kurzfristiger Einsparziele.

Wir appellieren an die Bundesregierung, sich in der außerordentlichen Sitzung des UNAIDS PCB am 26. Oktober 2026 für folgende Mindestanforderungen einzusetzen:

- **Unabhängigkeit und Mandat:** UNAIDS muss seine zentralen Funktionen in Koordination, fachlicher Führung, Datenanalyse und menschenrechtsbasierter Interessenvertretung wirksam wahrnehmen können.
- **Kein künstlicher Zeitdruck:** Die Transformation muss sich am tatsächlichen Bedarf der Länder und Communitys orientieren. Ein überstürzter Übergang zerstört aufgebaute Strukturen und gefährdet die Kontinuität lebenswichtiger Programme.
- **Verlässliche Finanzierung:** Auch ein verkleinerter UNAIDS-Hub benötigt ausreichende Mittel für sein Kernmandat. Dafür muss eine Mindestfinanzierung von mindestens 50 Millionen US-Dollar festgestellt und jährlich gesichert werden.
- **Bedarfsgerechte Länderpräsenz:** Über den Erhalt von Länderstrukturen muss anhand der epidemiologischen Situation, der Menschenrechtslage und der Bedarfe betroffener Communitys entschieden werden - nicht pauschal nach administrativen oder finanziellen Kriterien.
- **Erhalt der Menschenrechtskompetenz:** UNAIDS muss weiterhin diskriminierende Gesetze und Praktiken benennen und sich für den Zugang aller Menschen zu Prävention, Diagnostik, Behandlung und Versorgung einsetzen können.
- **Starke Community-Beteiligung:** Menschen mit HIV und besonders betroffene Communities müssen institutionell gestärkt und dauerhaft abgesichert werden. Ihre wirksame Beteiligung an Governance- und Entscheidungsprozessen sowie an der Rechenschaftslegung muss gewährleistet bleiben. Der Erhalt des ECOSOC-Status ist hierfür ein wesentlicher Baustein.
- **Kein vorweggenommenes „Sunsetting“:** Ein Ende von UNAIDS darf nicht beschlossen oder faktisch vorbereitet werden, bevor nachgewiesen ist, dass seine Kernfunktionen in anderen Strukturen wirksam, unabhängig und nachhaltig erfüllt werden können.

Die Transformation muss daran gemessen werden, ob sie die globale HIV-Arbeit stärkt und die Erreichung des Ziels für 2030 unterstützt – nicht allein an kurzfristigen Einsparungen oder administrativer Effizienz. Ohne ausreichende Ressourcen, eine bedarfsgerechte Länderpräsenz und einen konsequenten Menschenrechtsansatz drohen jahrzehntelange Fortschritte verloren zu gehen.

Wir bedanken uns beim BMG für seine bisherige Führungsrolle bei der inhaltlichen Begleitung von UNAIDS und des Transformationsprozesses sowie für seinen Einsatz für die Beteiligung der Zivilgesellschaft. Wir bitten die Bundesregierung, diese Verantwortung fortzuführen und sich im PCB für einen transparenten, legitimierten und menschenrechtsbasierten Prozess einzusetzen, dessen Entscheidungen im zuständigen Leitungsgremium getroffen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Sylvia Urban

Vorstand Aktionsbündnis gegen AIDS

Silke Klumb

Geschäftsführung Deutsche Aidshilfe

Kontakt

Aktionsbündnis gegen AIDS: wiessner@aktionsbueundnis-aids.de

Deutsche Aidshilfe: geschaefsfuehrung@dah.aidshilfe.de